

EEG-Umlage abschaffen

Strompreis runter, Klimaschutz rauf

> Franz Untersteller

Wir Grüne sind in besonderem Maße dem Umwelt- und Naturschutz verpflichtet – dazu zähle ich ausdrücklich auch die Themen Klimaschutz und Energiewende. Bei allen ökonomischen Aspekten, die es selbstverständlich zu berücksichtigen gilt, wissen wir: Wenn wir unsere Verantwortung beim Klimaschutz heute nicht wahrnehmen, werden schon unsere Enkel und erst Recht deren Kinder und Enkel dafür die Rechnung zahlen müssen.

Die Energiewende hat spätestens mit der Verabschiedung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vor beinahe 20 Jahren begonnen. Seitdem gibt es auch die EEG-Umlage. Vereinfacht ausgedrückt wird seither mit dieser Umlage der Ausbau der erneuerbaren Energien gefördert.

Ich finde, diese Umlage ist nicht mehr zeitgemäß. In der Stromerzeugung brauchen die Erneuerbaren diesen An Schub nicht mehr. Die EEG-Umlage macht den Strom deutlich teurer und sie bedeutet einen immer schwerer überschaubaren bürokratischen Aufwand.

Auf der anderen Seite steht die Notwendigkeit, effektiven Klimaschutz nicht nur im Stromsektor, sondern verstärkt auch in den Sektoren Wärme und Verkehr umzusetzen. Bislang gelingt uns diese sogenannte Sektorkopplung nicht. Der saubere Strom ist im Vergleich zu teuer, um in Verkehrs- und Wärmeanwendungen drängen zu können. Daher bleiben unsere CO₂-Emissionen zu hoch.

Die Lösung dieses Problems ist nahliegend: Strompreis runter, Klimaschutz rauf. Die Umsetzung dieser Idee ist allerdings komplex.

Konkret: Wir sollten die EEG-Umlage abschaffen und die Stromsteuer so weit wie möglich reduzieren. Im Gegenzug müssen und können wir CO₂-intensive Energieträger teurer machen.

Wenn unser Vorschlag umgesetzt wird, reduziert sich der Strompreis für HaushaltskundInnen schlagartig um etwa ein Drittel, was der E-Mobilität oder dem Einsatz strombetriebener Wärmepumpen neuen Schwung gibt.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass diese Strompreissenkung Gewinner- und Verliererhaushalte hervorbringen kann, obwohl der Ansatz aufkommensneutral ist. Deshalb müssen wir über zusätzliche sozial- und steuerpolitische Instrumente nachdenken, um einkommensschwächere Haushalte mitzunehmen. Die Schweiz etwa macht das über ein sogenanntes Energiegeld, das an die BürgerInnen ausgezahlt wird. Etwas in der Art könnte ich mir vorstellen.

Strompreis runter, Klimaschutz rauf – ist das nicht ein Ziel, für das gerade die Grünen stehen? Ich hoffe sehr, dass wir in Fachkreisen und in der Politik jetzt eine konstruktive Debatte führen, wie wir das so schnell wie möglich gemeinsam hinbekommen.

> Franz Untersteller (Grüne) ist seit 2011 Landesminister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft in Baden-Württemberg.



Foto: KD Busch